



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Balkanwirrnis

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

schafflicher Hinsicht verlieren, sondern auch an ihrem bisher sehr großen moralischen Einflusse jetzt starke Einbuße erleiden werden, jetzt, wo die Chinesen das „fair play“ des großen Bruders jenseits des Pazific am eigenen Leibe kennen gelernt haben.

Man möchte jetzt diese unangenehme Sache, daß man die Chinesen in ihrer Not schmäblich des eigenen Vorteils wegen im Stich gelassen hat, seitens der Vereinigten Staaten natürlich gern vertuschen und verbreitet alle möglichen Nachrichten, die versuchen, die Schuld auf andere Schultern abzumwälzen und um — wie man in der Politik zu sagen pflegt — wieder eine weiße Weste anzuhaben. So brachte vor kurzem die „Chicago Tribune“ eine längere Meldung, am 30. April habe der Rat der Vier im Hause Wilsons zu Paris eine geheime mündliche Abmachung getroffen, wonach Japan sich verpflichtet habe, Tsingtau zu einem internationalen Hafen zu machen und eine neue Eisenbahngesellschaft zu gründen, die gemeinschaftlich mit den Chinesen die Tsingtau-Hunan-Eisenbahn leiten sollte. Japan habe ferner mündlich versprochen, Tsingtau nicht als japanischen Hafen zu behalten, sondern es zu einem Freihafen wie Shanghai zu machen und es an China zurückzugeben; die Japaner hätten es jedoch abgelehnt, ein Datum für diese Übergabe festzulegen⁸⁾. Schon der letzte Satz zeigt, daß diese Nachricht ebenso wenig wie die anderen Meldungen dieser Art Anspruch auf Wahrheit und Glaubwürdigkeit machen kann, daß bestenfalls der Wunsch der Vater des Gedankens ist, und daß man jetzt die Sache so hinstellen will, als ob von einer Justizlaffung Chinas durch die Vereinigten Staaten nicht die Rede sein könne, da doch Japan die Rückgabe Tsingtaus versprochen habe.

Dies alles wird jedoch an dem Tatbestand nichts ändern, daß Wilson die Sache der Chinesen geopfert hat aus Angst, Japan könne die Gleichberechtigung der gelben Rasse in der Einwanderungsfrage durchsetzen. Amerika ist hierdurch allerdings noch einmal vor der gelben Flut bewahrt worden. Aber: auf wie lange noch?



Balkanwirrnis



as jetzt in Osteuropa vorgeht, gibt einen Vorgeschmack von der Herrlichkeit des Völkerbundes und bildet geradezu eine Probe aufs Exempel. Zugegeben, daß der Völkerbund vorläufig nur auf dem Papier des Versailler Vertrages steht, aber wie denkt man sich die weitere Entwicklung? Das Ende des Weltkrieges bildete eine einzigartige Gelegenheit, die Welt von Grund aus neu aufzubauen; hat man diese vorübergehen lassen müssen, so ist nicht abzusehen, wann man wieder einen ähnlich günstigen Zeitpunkt erwischen wird.

Was wollen die „Vier“, bezw. ihre in Paris sitzenden Vertreter? Den Frieden, gewiß! Und einen dauerhaften dazu. Was steht dem im Wege? Der Wille der kleinen Völker. Die Tschecho-Slowaken und Rumänen wollen Gebiete, die die Ungarn ihnen nicht lassen wollen, die Rumänen streiten sich mit den Serben um das Banat, mit den Bulgaren um die Dobrudscha. Die Serben wünschen ein geschwächtes Bulgarien, haben aber anscheinend selber Mühe, bei sich im Innern die Ruhe aufrecht zu erhalten, nicht nur weil die Kroaten volkische Sonderwünsche haben, sondern weil auch der König von Montenegro Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um die Selbständigkeit seines früheren Landes zu

⁸⁾ Vgl. „Boissche Zeitung“ Nr. 405 vom 11. August 1919.

wahren. Die Griechen wollen Nordepirus, Thrazien, Smyrna, den Dodekanes, möglichst große Stücke Kleinasiens und wenn irgend möglich vielleicht auch Konstantinopel, die Bulgaren aber wollen ihrerseits weder von der Dobrudscha noch von Mazedonien noch von Thrazien lassen und die Türken beginnen sich gegen die Griechen zur Wehr zu setzen. Das einfachste wäre nun offenbar, der Völkerbund oder die Vier würden die Vertreter all dieser Staaten zur Begründung ihrer Forderungen nach Paris laden, und dann eine Entscheidung treffen. Aber abgesehen davon, daß die Vier die für den Aufbau eines wirklich dauerhaften Friedens geradezu verhängnisvolle Methode, die unterlegene Partei von den Verhandlungen strikt auszuschließen, fortsetzen, zeigt sich, daß die also betrauten Völker Miene machen, die Entscheidungen der vier Weltmächte nicht anzuerkennen. So haben schon im Juni sowohl die Tschecho-Slowaken wie die Südslawen und die Rumänen durch Bratianu in einer Rede, die in Paris geradezu Aufsehen, um nicht zu sagen Bestürzung hervorrief, erklären lassen, daß sie sich nicht in der Lage sähen, ihre völkischen Minoritäten so zu behandeln, wie die Friedenskonferenz das im Interesse dauernder Einhaltung des Weltfriedens gewünscht hatte, und daß sie eine derartige Einmischung in ihre Souveränitätsrechte nicht dulden könnten. Und nun gar Grenzfragen! Die Rumänen behaupten die Theiß als strategische Grenze nötig zu haben und verweisen auf Frankreichs Rheingrenze. Für Thrazien und Mazedonien sind die widersprechendsten Statistiken aufgestellt und die Einsetzung von unparteiischen Untersuchungskommissionen gibt, wie das Beispiel Syriens gelehrt hat, nur Anlaß zu unentwirrbaren Intrigen, ruft Unruhen hervor und erzielt Resultate, die, wie wiederum an Syrien und Palästina exemplifiziert werden kann, immer von der Partei, die sich benachteiligt fühlt, angefochten werden. Wie man die Grenzen auch ziehen mag, immer wird man in dem Völkergemisch des Balkan, den man durch die Aufteilung Osterreich-Ungarns bis nach Galizien hin erweitert hat, Irredenten und damit Vorwände zu neuen Kriegen schaffen. Aber wo bleiben denn die Machtmittel der Entente, die Exekutive des Völkerbundes? Ach, man hat zur endgültigen Fesselung des niedergeworfenen Deutschlands so viel Zeit gebraucht, daß man nicht mehr über genug Truppen verfügt. Lediglich um ein paar widerspenstigen Volkshämmen ihren Willen aufzuzwingen, würde die Entente heute weder Geld noch Leute mehr bewilligt bekommen. Und mit der Blockade kann man wohl das unglückliche Deutsch-Osterreich oder wie Clemenceau sich nach Otto Bauers Rücktritt ausdrückt, die österreichische Republik, am Boden halten, aber nicht die abgelegenen Agrarstaaten des Balkan, denen man ja gerade im Interesse des eigenen Handels die Segnungen der Zivilisation möglichst reichlich zuteil werden lassen möchte. Was also tun?

Das einfachste wäre natürlich, man ließe diese kleinen Staaten ihre Angelegenheiten unter sich ausmachen und ließe Balkan Balkan sein. Heute würden Serben und Griechen vereint über Bulgarien herfallen, das man zur Zeit des Waffenstillstandes, da man just wichtigeres zu tun hatte und die Dinge nicht zum äußersten treiben wollte, zu entwaffnen unterlassen hat und das daher noch immer einen keineswegs ganz verächtlichen Gegner darstellt, besonders da auch die Italiener sich höchstwahrscheinlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, im Inneren des geeinigten Südslawenreiches unter der Hand ein bißchen zu hezen. Und nach zehn Jahren würde dann irgendeine andere Kombination etwa Bulgarien und Rumänien über Serbien herfallen, oder Bulgarien und die Türkei über Griechenland, was aber geht das letzten Endes die Entente an? Warum denkt sie nicht wie man in Deutschland vor hundertfünfzig Jahren dachte: „Wenn hinten weit in der Türkei . . .“ Aber diese Zeiten sind leider längst vorüber. Denn in der Türkei liegt auch Konstantinopel.

Das ganze Problem der neueren Politik liegt darin, daß sie nicht mehr wie beispielsweise während der Völkerwanderung ein Kampf um Futterplätze ist, sondern um Handelsplätze. Damals bestand die Möglichkeit, das besiegte Volk einfach auszurotten oder es zu Geloten und Sklaven hinunterzudrücken. Die Herren des Ackerbodens hatten gewechselt und die Weltgeschichte konnte weiter-

gehen. Der Gedanke liegt nahe, dieses Verfahren heutzutage auf industrielles Gebiet zu übertragen und tatsächlich hört man ja dieses Argument von Politikern vortragen. Aber wenn irgendetwas, haben uns die auf den Weltkrieg folgenden Monate mit ihren Arbeiterforderungen darüber belehrt, daß auch diese Möglichkeit schon überlebt ist und daß ein Zuwachs an Seloten, noch dazu von ehemals feindlichen, nichts als verstärkte Abhängigkeit von ihnen bedeuten würde. Seitdem aber der Handel sich zum Welthandel ausgedehnt hat, ist, wie schon N. Angell vorausgesagt hat, das Kriegsziel der Vernichtung des Gegners sofern dieser nur einen wesentlichen Anteil am Welthandel gehabt hat (ohne den sich wieder ein Krieg nicht gelohnt haben würde) vollends illusionär geworden. Denn hier bedeutet Vernichtung direkt Schädigung der eigenen Interessen weil nicht nur die eigenen Bezugsquellen, sondern auch die eigenen Absatzgebiete geschädigt würden. Auch ist nicht möglich den Überschuß der eigenen Bevölkerung einfach an Stelle der etwa ausgerotteten feindlichen Bevölkerung zu setzen, denn kein Volk hat heute einen derartigen Überschuß zu vergeben, gerade weil ein großer Teil der Bevölkerung in Handel und Industrie sozusagen investiert ist. Man mache sich einmal die Folgen klar, die entstanden wären, wenn beispielsweise Deutschland nur einen verhältnismäßig so geringfügigen Gegner wie die Belgier ausgerottet hätte und an Stelle der sieben Millionen Einwohner nur etwa fünf Millionen der eigenen Bevölkerung abgegeben hätte. Die Folge wäre unter anderem eine so unerhörte Krise des Arbeitsmarktes gewesen, daß aller Gewinn aus dem Unternehmen illusorisch geworden wäre und im günstigsten Falle wäre das Ergebnis nur eine weitere Verschiebung einerseits des deutschen, stärker aber noch des polnischen Elementes nach Westen gewesen. Versklavung wie Ausrottung sind also nur in sehr beschränktem Umfange mehr möglich und, wo überhaupt, anscheinend nur sehr vorübergehend.

Wenn aber dies, so hat man auch mit einem in irgend einer Form wiedererstehenden Rußland zu rechnen und es ist bezeichnend, daß einerseits die Vertreter des alten russischen Regimes, sogar noch nachdem der Admiral Koltshak bereits entscheidend geschlagen war, ihre Ansprüche auf Konstantinopel anmeldeten, was die Franzosen trotz starken und nicht unberechtigten Mißtrauens in England zu vorzichtiger Zurückhaltung in der Lösung der türkischen Frage anhielt, daß andererseits die Engländer den bolschewistischen Einfluß in Konstantinopel sowohl wie in Turkestan und Afghanistan fürchten und daher in Persien auch die Entwicklung ganz gegen ihre sonstige Art lieber ein wenig überstürzt zu haben scheinen. Rußland bleibt eben trotz Bolschewismus und innerer Zerfetzung und trotz der Befreiung der Randstaaten eine Macht, zu deren Elementarbewegungen immer der Drang zum Meere gehören wird. Konstantinopel wird daher nach wie vor den Zankapfel zwischen den Mittelmeermächten und solchen, die es werden wollen, bilden.

Und hier liegt der eigentliche Grund dafür, daß die Friedenskonferenz mit dem Balkanproblem nicht fertig werden und es andererseits doch auch wieder nicht sich selbst überlassen kann. Unzufriedene Einzelstaaten auf dem Balkan bedeuten Möglichkeiten für russischen Einfluß, nach Zerschlagung Osterreich-Ungarns mehr denn je. Auch für England könnte einmal eine schwache Stunde kommen, da es, innerhalb seines immer schwieriger zu überblickenden Kolonialreiches durch andere Aufgaben in Anspruch genommen, dem Balkan nicht die nötige Aufmerksamkeit widmen könnte — man darf nie vergessen, daß Englands Machtmittel zu tatkräftigem Eingreifen auf dem Lande sehr beschränkt sind — und dann wäre der Augenblick für Rußland gekommen, das, einmal im tatsächlichen Besitz von Konstantinopel, schwerlich wieder daraus würde verdrängt werden können.

Es ist also vor allen Dingen nötig, die Dardanellentür geschlossen zu halten. Dies zu erreichen, gab es zwei Wege. Entweder man stärkte dem Besizenden, der Türkei, den Rücken. Oder man setzte eine starke, aber uninteressierte Macht nach Konstantinopel. Der erste Weg schien nicht gangbar. Einmal weil man sich offenbar von dem Ägyptens, Mesopotamiens und Syriens wegen allzuoft wieder-

Holten Axiom von der Aufteilung der Türkei nicht mehr frei machen konnte (allzu ungestüm drängten auch Frankreich, Italien und Griechenland), dann auch, weil eine direkte Verstärkung des englischen Einflusses in Konstantinopel wegen des aus alter Tradition dort noch immer beträchtlichen französischen zu unliebsamen Reibungen mit Frankreich geführt haben würde, die man vermeiden sehen wollte, um sich den auf dem Festland vorderhand einzig wirksamen Gegner Deutschlands erhalten zu können. Gangbarer und englischen Gesplogheiten mehr entsprechend schien der zweite Weg. Dann kam als uninteressierte starke Macht weder Griechenland, das vom Lande her zuviel Angriffspunkte hat, noch Frankreich, das dem alten Bundesgenossen Rußland gegenüber eines Tages eine schwache Stunde haben könnte, sondern nur Amerika in Betracht. Daher denn der Plan, die Türkei überhaupt aus Europa zu verdrängen und Amerika, das vorderhand im Mittelmeer kaum ein ernsthafter Konkurrent werden könnte, ein Völkerbundmandat über die Dardanellen zuzusprechen. Immerhin hat es den Anschein, als ob die englische Politik in diesem Punkte nicht ganz einheitlich geführt wird, daß es eine ungestüm zugreifende und eine vorsichtig abwartende Richtung gibt. Es läßt sich wenigstens nicht übersehen, ob die Erklärung Sir Montagus, die Vertreibung des Sultans aus Konstantinopel werde eine ungünstige Rückwirkung auf die Mohammedaner Indiens ausüben, den Tatsachen entspricht, oder ob man damit nur den von französischer Seite austauchenden Plan, Stambul entweder den Griechen zu geben (die sich inzwischen durch ihre gewaltsame Besitzergreifung in Kleinasien, die ärgerliche Widerstände der Türken hervorrief, unmöglich gemacht haben), oder durch die Großmächte gemeinsam verwalten zu lassen, durchkreuzen wollte. Sicher ist, daß gewisse englische Kreise an dem Amerikaplan festgehalten haben. Nun aber, da die Verhandlungen in Amerika eine so bedrohliche Richtung nehmen und es möglich ist, daß Amerika überhaupt jede Beteiligung an europäischen Verwaltungsfragen ablehnt, scheint die andere Anschauung wieder Oberhand zu gewinnen und man ein englisches Völkerbundmandat vorzubereiten. Wenigstens hat der Berichterstatter der Times unlängst entdeckt, daß der türkische Bauer wieder englandfreundlich geworden ist, derselbe der, wie die Times berichtet, schon zu Abdul Hamids Zeiten äußerte: „Daß England kommen und Menschen aus uns machen, niemals werden wir das Joch der Paschas ohne es abschütteln können.“ Und die Morning-Post vom 7. schreibt: „Griechenland in Konstantinopel, das würde eine Tragödie bedeuten, zunächst für die Türken und dann für die Griechen. Die Griechen sind ein glänzendes Volk und jeder Mann gibt zu, daß sie eine glorreiche Vergangenheit haben. Aber wir fürchten, daß sie gegenwärtig nicht über genug Achtung und Popularität bei den Türken verfügen, um viel Hoffnung auf eine erfolgreiche Verwaltungstätigkeit zu geben. Man muß bedenken, daß Konstantinopel nicht gut von der Türkei getrennt werden kann. Wer die Stadt hält, regiert das Reich. Sowohl Frankreich wie Italien werden zweifellos durch diese Erkenntnis davon abgehalten, Ansprüche zu stellen, denen sie mit ihren Kräften kaum Genüge tun könnten. Daß aber die verbündeten Mächte eines ihrer Mitglieder als Verwalter Konstantinopels und des türkischen Reiches ernennen müssen ist klar. Geschieht das nicht, so werden die Bolschewisten Konstantinopel als Zentrum und Brennpunkt ihrer finsternen Pläne im nahen Osten, die in enger Verbindung mit den deutschen Absichten auf diese Gegenden stehen, machen. Warum sollte nicht England diese Aufgabe übernehmen? Wir begreifen, daß unsere Regierung diesen Kelch gerne vorübergehen lassen möchte. Sie fürchtet die Bürde einer neuen Verantwortlichkeit, glaubt, daß das Britische Reich bereits überlastet ist und weist auf unere jüngsten Erwerbungen in Kleinasien. Aber wir glauben, daß gerade diese der triftigste Grund zu neuen sind. Können wir Palästina, Ägypten und Mesopotamien in Ruhe halten, wenn Konstantinopel in den Händen einer fremden und fast unvermeidlich feindlichen Macht ist? Die Türken selbst wünschen England in Konstantinopel zu sehen.“

Das ist berechtigt genug und in Frankreich sind bereits die ersten Anzeichen neuer Verstimmung bemerkbar. Aber es ist kaum wahrscheinlich, daß England sich in dieser Angelegenheit von andern Rücksichten als denen der Zweckmäßigkeit leiten läßt. Eine so günstige Gelegenheit wird kaum jemals wiederkehren. Kann man die Amerikaner nicht dazu bekommen, das Odium der Besetzung auf sich zu nehmen und die Kasanien aus dem Feuer zu holen, will man es lieber selbst tun, zumal gerade jetzt alle übrigen Mitbewerber, Oesterreich sowohl wie Rußland, ohnmächtig sind und Frankreich an den Wunden des Krieges danieder liegt. Bezeichnend für diese Tendenz ist dann auch, daß man sich bei den Verhandlungen über den bulgarischen Frieden ein paar Möglichkeiten offengelassen hat, eine englische Konstantinopelbeherrschung gleich gehörig auszunutzen. Man bemüht sich nämlich ganz unversteckter Weise einen Bund der Balkanvölker zustande zu bringen, denen gegenüber England dann etwa dieselbe Stellung einnehmen würde wie einstmal Rußland, oder falls dies unmöglich sein sollte, entweder ein neutrales Mazedonien zu schaffen oder die thrakische Küste zwar Griechenland zu überlassen, Saloniki aber zu neutralisieren.

Die französische Diplomatie aber ist fortbauernnd durch den Budapester Serentessel und die Angst vor einer Habsburg-Restauration abgelenkt!

Menenius



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die deutsche Burschenschaft hat in der ersten Augustwoche ihren ersten ordentlichen Burschentag nach dem Kriege in gewohnter Weise zu Eisenach abgehalten. Diese Zusammenkunft beansprucht eine besondere Bedeutung voll geschichtlicher Schwere, da der Zug der mehr als fünfhundert Teilnehmer zur Wartburg, der am Sonntagmorgen im regenfrischen Grün des sonnig durchleuchteten Bergwaldes stattfand und in einer ernstesten Gedächtnisfeier für die Gefallenen im stillen Burghofe seinen Sinn hatte, einem zweiten Wartburgfeste gleich und da in den arbeitsreichen Verhandlungen tiefere Fragen als sonst besprochen und wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Nebenbeibemerkt nahm bei dieser Gelegenheit die Burschenschaft auch zu der Frage des Wechsels der Reichsfarben, die in diesen Blättern bereits verschiedentlich behandelt wurde, ungefähr im Sinne des Aufsatzes „Das Banner schwarz-rot-gold“ in Nr. 25 unserer Zeitschrift Stellung. Es wurde der Farbenwechsel für unnötig und beklagenswert erklärt. Die Zeitungen brachten darüber näheres. Indessen muß es auffallen, daß der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom

10. August zwar diese Entschließung zum Anlaß einer etwas eigenartigen Polemik nimmt, doch im übrigen vom Burschentage gar nichts zu sagen weiß. Aus zweierlei Gründen muß das entschieden sehr auffallen. Der „Vorwärts“ hielt es wieder für richtig, etwas düntelheit und von oben herab über „diese buntemüßigen Jünglinge“ usw. zu reden. Demgegenüber wäre zu bemerken, daß dort wirklich nicht unreife Jünglinge in Betracht kamen, sondern Kriegsteilnehmer gegen Mitte und Ende der zwanziger Jahre, die zum großen Teil sich ihre inneren Organe zugeunde richteten oder ihre Glieder zusammenschießen ließen. Ehemalige Offiziere traten in reicher Anzahl hervor, auch Kampfflieger waren darunter. Aber die Teilnehmerzahl beschränkte sich nicht auf Studenten. Es gab unter den Vertretern der Altherrenkreise angelehene Gelehrte von Ruf, führende Männer der Industrie, bekannte Namen aus der parlamentarischen Welt und Schriftsteller von Geltung. Jedoch selbst wenn es sich nur um sehr junge Studenten gehandelt haben würde, wäre der Einwurf des „Vorwärts“ immerhin merkwürdig genug. Denn diese